

A30 Musikschulsterben verhindern und freie Lehrkräfte stärken - Für eine sozialverträgliche musikalische Teilhabe in Thüringen.

Antragsteller*in: Jusos Weimar/Weimarer Land

Antragstext

1 **Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:**

2 **1. Die Landtagsfraktion und der Landesverband der SPD Thüringen sollen sich für**
3 **die kurzfristige und langfristige Ausweitung der staatlichen Förderungen für**
4 **Musik- und Kunstschulen nach dem ThürNJKSchulG auf alle Einrichtungen einsetzen,**
5 **die die Kriterien der staatlichen Anerkennung erfüllen können, unabhängig vom**
6 **Erhalt kommunaler Förderung.**

7 Das Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz (ThürMJKSchulG) ist seit Juli
8 2022 in Kraft und regelt, dass Musik- und Jugendkunstschulen, die bestimmte
9 Qualitätskriterien erfüllen, eine staatliche Anerkennung bekommen können und bei
10 dem Erfüllen von weiteren Kriterien auch staatliche Fördermittel erhalten. Diese
11 Kriterien umfassen u. a. die fachliche Qualifikation der Lehrkräfte, ein breites
12 und gut strukturiertes Lehrangebot, eine bestimmte räumliche und materielle
13 Ausstattung, sowie einen Anteil von fest angestelltem Personal.

14 Für den Erhalt der staatlichen Förderung muss zusätzlich die Förderung durch
15 eine Kommune nachgewiesen sein.

16 Der Gesetzeszweck ist es, den Zugang zur kulturellen Bildung für alle
17 gesellschaftlichen Gruppen zu erleichtern und das kulturelle Angebot
18 flächendeckend auszubauen.

19 In der Praxis zeigt sich jedoch, dass viele Musik- und Kunstschulen, vor allem
20 kleinere und solche in unabhängiger Trägerschaft, Probleme haben, die
21 notwendigen kommunalen Förderungen zu erhalten, selbst wenn sie nach dem Gesetz
22 staatlich anerkannt sind. Außerdem beantragen viele kleinere Musikschulen die
23 staatliche Anerkennung nicht, weil sie ohne gleichzeitige staatliche Förderung
24 die durch Festanstellungen zusätzlich entstehenden Kosten selbst tragen müssen
25 und das in der Regel nicht können.

26
27 Viele Kommunen sind aufgrund knapper Haushaltsmittel nicht in der Lage, weitere
28 Musik- und Kunstschulen ausreichend zu unterstützen, obwohl diese Schulen
29 qualitativ hochwertige Bildungsarbeit leisten und eine wichtige kulturelle
30 Funktion erfüllen, auch weil sie i. d. R. schon kommunale Einrichtungen haben,

31 die die Aufgaben theoretisch wahrnehmen, oft aber nicht ausreichend Kapazität
32 haben, um den kompletten Bedarf abzudecken.

33

34 Dies führt dazu, dass trotz Erfüllung der sonstigen Qualitätskriterien manche
35 Einrichtungen nicht von staatlichen Förderungen profitieren können. Besonders
36 betroffen sind dabei ländliche Regionen, in denen kulturelle Angebote ohnehin
37 oft rar sind. Doch auch in den Städten kann der Bedarf an qualifiziertem
38 Musikunterricht nicht vollständig durch die kommunalen Musikschulen abgedeckt
39 werden.

40 Die Landespolitik muss hier gegensteuern und die staatlichen Förderungen von der
41 Bedingung einer kommunalen Beteiligung entkoppeln.

42 Es ist essenziell, dass alle Musik- und Kunstschulen, die die qualitativen
43 Anforderungen des ThürMJKSchulG erfüllen, auch Zugang zu den Fördermitteln
44 erhalten.

45 Dies würde eine gerechtere Verteilung der staatlichen Unterstützung ermöglichen
46 und sicherstellen, dass mehr Menschen – unabhängig von ihrer Wohnregion oder der
47 finanziellen Situation ihrer Kommune – Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten
48 ihrer Wahl erhalten.

49 **2. Die Landtagsfraktion und der Landesverband der SPD Thüringen sollen sich für**
50 **einen kurzfristigen und langfristigen Ausbau der finanziellen Mittel des Landes**
51 **für Musik- und Kunstschulen in Thüringen insgesamt einsetzen, um Kommunen und**
52 **freie Träger bei Kostensteigerungen zu unterstützen und die Kosten für**
53 **Schüler:innen sozialverträglich zu halten.**

54 Seit dem „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts im Jahr 2022 müssen Musik-
55 und Kunstschulen die Mehrzahl ihrer Lehrkräfte fest anstellen, wenn sie
56 regelmäßig unterrichten. Diese Entscheidung stellt sicher, dass
57 Musikpädagog:innen nicht als Scheinselbstständige arbeiten, sondern eine
58 sozialversicherungspflichtige Anstellung erhalten, die ihnen mehr finanzielle
59 Sicherheit und Planungssicherheit bietet. Dies ist aus
60 Arbeitnehmer:innenschutzgründen grundsätzlich zu begrüßen, bringt jedoch
61 erhebliche finanzielle Herausforderungen für die Musik- und Kunstschulen mit
62 sich.

63 Insbesondere freie Träger und kleinere Einrichtungen, die bisher auf
64 Honorarkräfte angewiesen waren, stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, die
65 gestiegenen Lohn- und Sozialabgaben zu stemmen. Auch kommunale Schulen haben mit
66 den Mehrkosten zu kämpfen, da die finanziellen Mittel der Kommunen in vielen
67 Fällen bereits erschöpft sind. Dies führt dazu, dass Schulen entweder gezwungen
68 sind, die Unterrichtsgebühren für Schüler:innen erheblich zu erhöhen oder ihr
69 Angebot zu reduzieren oder das Angebot nicht der Nachfrage entsprechend
70 kapazitär vorzuhalten.

71 Alle Szenarien sind problematisch:

72

73 Eine Erhöhung der Gebühren erschwert Kindern und Jugendlichen aus
74 einkommensschwachen Familien den Zugang zu Musik- und Kunstunterricht. Das
75 reduziert die soziale Durchlässigkeit und führt zu einer weiteren
76 Benachteiligung von Schüler:innen aus weniger privilegierten Haushalten.
77 Eine Einschränkung des Angebots wiederum schwächt die kulturelle Vielfalt in
78 Thüringen und gefährdet langfristig die Existenz kleinerer Einrichtungen.
79 Wenn nicht genügend Kapazitäten für die tatsächliche Nachfrage an Unterricht zur
80 Verfügung gestellt werden, schließt man damit im Zweifel willkürlich
Schüler:innen vom Unterricht aus.

81 Um dem entgegenzuwirken, muss die Landespolitik die finanziellen Mittel für
82 Musik- und Kunstschulen deutlich erhöhen. Ein nachhaltiger Ausbau der
83 staatlichen Förderung ist notwendig, um die Auswirkungen der Kostensteigerungen
84 abzufedern und sowohl die Schulträger (Kommunen und freie Träger) als auch die
85 Schüler:innen zu entlasten. Nur durch eine ausreichende finanzielle
86 Unterstützung können Musik- und Kunstschulen ihre wichtige Bildungsarbeit
87 weiterhin anbieten, ohne dass die Unterrichtsgebühren in unerschwingliche Höhen
88 steigen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt, um das Bildungsangebot in den
89 ländlichen Regionen Thüringens zu sichern, wo Musik- und Kunstschulen oft eine
90 zentrale Rolle im kulturellen Leben der Gemeinden spielen.

91 **3. Die Jusos und die SPD auf Bundesebene bzw. im Bundestag sollen sich dafür**
92 **einsetzen, dass Honorarbeschäftigungen an Musik- und Kunstschulen weiterhin**
93 **möglich bleiben, sofern einzelne Musikpädagog:innen dies wünschen.**
94

95 Viele Musikpädagog:innen entscheiden sich bewusst für eine Tätigkeit auf
96 Honorarbasis, um ihre künstlerische Freiheit und Flexibilität zu bewahren.
97 Freischaffende Musiker:innen, die neben ihrer Lehrtätigkeit in Musik- und
98 Kunstschulen auch in Orchestern, Bands oder als Solokünstler:innen tätig sind,
99 schätzen die Unabhängigkeit, die eine Honorarbeschäftigung bietet. Eine
100 Festanstellung würde für viele von ihnen bedeuten, dass sie ihre künstlerischen
101 Aktivitäten einschränken oder aufgeben müssten, da eine Festanstellung oft mit
102 festen Arbeitszeiten, weniger Flexibilität und steuerlichen Nachteilen
103 einhergeht. Auch für Schulen, die Lehrkräfte für Fächer mit geringer Nachfrage
104 (z. B. selten unterrichtete Instrumente oder künstlerische Techniken)
105 beschäftigen, ist es häufig nicht sinnvoll, diese Lehrkräfte fest anzustellen.
106 Die Nachfrage reicht oft nicht aus, um eine Voll- oder Teilzeitstelle zu
107 rechtfertigen.

108 Es ist daher notwendig, dass auf Bundesebene Regelungen geschaffen werden, die
109 es Musikpädagog:innen erlauben, weiterhin auf Honorarbasis tätig zu sein, sofern
110 sie dies wünschen. Die Freiheit, sich zwischen einer Festanstellung und einer
111 Honorartätigkeit zu entscheiden, sollte beibehalten werden, um sowohl die
112 Vielfalt des kulturellen Angebots als auch die individuellen Arbeitsbedürfnisse
113 der Lehrkräfte zu schützen.

Begründung

Erfolgt mündlich